

Energiewende: Quo vadis?

Rede zum Grohnde-Aktionstag am 09.03.2013 in Altenbeken

Zur Vorbereitung auf diese Kundgebung habe ich mir noch einmal angesehen, was ich vor einem Jahr bei der Fukushima-Mahnwache am Rathaus in Paderborn zur Energiewende gesagt habe. Damals bin ich zu dem Ergebnis gekommen: *„Die alten Seilschaften zwischen den Managern der atomar-fossilen Energiewirtschaft und ihren Handlangern in der Politik funktionieren wieder ganz hervorragend. Die Energiewende droht daher so zu enden, wie vor einigen Wochen die Costa Concordia“* - Ihr erinnert Euch sicher noch an das havarierte Kreuzfahrtschiff.

Wie ist die Lage ein Jahr später? Die havarierte Costa Concordia konnte noch nicht flott gemacht werden und liegt noch immer auf Grund – dieser Zustand ist unbefriedigend, aber im Vergleich zur Entwicklung der Energiewende in Deutschland immer noch vergleichsweise komfortabel. Dazu kommt: Für die Costa Concordia besteht Hoffnung auf eine baldige Bergung. Eine solch positive Perspektive hat die Energiewende leider nicht.

Der selbsternannte Verwalter der Energiewende, Herr Röttgen, ist gegangen (worden), Herr Altmairer ist für ihn gekommen. Aber das Problem ist geblieben – und wird personifiziert durch Herrn Rösler. Angetrieben von diesem Drei Prozent-Wirtschaftsminister vollzieht die derzeitige Bundesregierung mit zunehmendem zeitlichen Abstand zu Fukushima immer unberechenbarere Wendungen, wie sie das Erneuerbare-Energien-Gesetz zu Fall, den Ausbau der Erneuerbaren Energien zum Stillstand und die Energiewende zum Absaufen bringen kann.

Das EEG ist – zusammen mit dem Stromeinspeisungsgesetz als Vorläufer - seit mehr als zwei Jahrzehnten nicht nur der Garant dafür, dass Wind, Sonne und Biomasse heute einen bedeutenden Beitrag zur Stromerzeugung in Deutschland leisten, es ist auch das erfolgreichste Investitionsanreiz- und Industrieförderprogramm, das es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wohl jemals gegeben hat. Kein Wunder, dass das EEG zu einem “Exportschlager“ geworden ist. Fast alle EU-Staaten und viele Länder – sogar China – haben das EEG als Vorlage für ihre Gesetzgebung zur Förderung der erneuerbaren Energien genutzt.

Und was machen die Herren Altmairer und Rösler? Sie wollen den Strompreisanstieg begrenzen, den sie mit verfehlten politischen Entscheidungen selbst in die Höhe getrieben haben. Ohne zu sehr ins Detail zu gehen nenne ich nur stichpunktartig

- die ausufernde Befreiung industrieller Verbraucher von der EEG- und der Netzentgeltumlage (Anm: Die EU-Kommission hat deswegen ein Verfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eingeleitet und das OLG Düsseldorf hat aktuell entschieden, dass die Netzentgeltbefreiung rechtswidrig ist. Wenn Frau Merkel jetzt eine faire Lastenverteilung anmahnt, sei die Frage gestattet: Warum hat die Bundesregierung denn bislang eine so unfaire Politik zu Lasten der Kleinverbraucher, des Mittelstandes und des Klimaschutzes gemacht?)
- die völlig überzogenen Vergütungsregelungen für Strom aus Offshore-Windenergieanlagen (Anm: Auf dem Meer erzeugter Windstrom ist doppelt so teuer wie an Land erzeugter Windstrom und teurer als Solarstrom; dazu kommen Investitionen für die Ableitung des Offshore-Stroms nach Süden. Warum puscht die Bundesregierung ausgerechnet die teuerste Art der Ökostrom-Erzeugung? Weil E.ON und RWE dieses Geschäftsfeld für sich entdeckt haben?)
- die Einführung unsinniger Markt- und Managementprämien für die Direktvermarktung von Ökostrom (Anm: Durch diese Instrumente wird die Vermarktung von Wind- und Solarstrom nur unnötig verteuert - im Jahr 2012 um ca. eine halbe Mrd Euro)
- erneuerbare Energien senken die Börsenpreise für Strom (Merit-Order-Effekt), aber die Strompreise für Normalverbraucher steigen (Anm: Und wer hat es gemacht ? Die Bundesregierung hat es gemacht, indem sie die sog. Ausgleichsmechanismus-Verordnung geändert und dadurch die Kopplung zwischen Börsenpreis und Endverbraucherpreis ausgehebelt hat)

Diese und weitere Fehlentscheidungen der Bundesregierung und der sie tragenden Mehrheit im Deutschen Bundestag haben den Strom um mehr als 2 ct/kWh teurer gemacht. Und ausgerechnet diese Strompreistreiber faseln jetzt über eine Strompreisbremse. Und wie wollen die Herren Altmaier und Rösler das machen?

So soll z.B. den Betreibern von Windenergieanlagen die gesetzlich garantierte Einspeisevergütung nachträglich einfach gekürzt werden. Dadurch würden Investitionen rückwirkend in Frage gestellt und Finanzierungskonzepte über den Haufen geworfen. Einen solchen Vertrauensbruch gibt es sonst allenfalls in totalitären Staaten und „Bananen-Republiken“. Aber vielleicht wird ein solch offenkundig rechtswidriger Vorschlag ja nur gemacht worden, um ihn später wieder einzukassieren und das dann als politischen Erfolg darzustellen – dieses Spiel kennen wir ja von der Diskussion über die Solarstromvergütung im vergangenen Jahr.

Ein weiterer Vorschlag der Herren Altmaier und Rösler: Wer Solarstrom auf dem eigenen Dach erzeugt und selbst verbraucht, soll die EEG-Umlage bezahlen. Was bedeutet das? Ein stromintensives Unternehmen, das nichts für die Energiewende getan hat und irgendwo in Europa schmutzigen Kohlestrom billig einkauft, wäre von der EEG-Umlage befreit. Aber ein Photovoltaik-Betreiber, der die Energiewende vorangetrieben hat und den erzeugten Ökostrom selbst nutzt, müsste einen Aufschlag von über 5 ct/kWh bezahlen. Da sei die Frage gestattet: Was denken sich die Herren Altmaier und Rösler eigentlich dabei?

Die Ideen dieser beiden Minister sind irgendwo zwischen abenteuerlich und verfassungswidrig anzusetzen. Mit ihren Vorschlägen verfolgen sie in erster Linie das Ziel, das erfolgreiche Gesetz zum Ausbau erneuerbarer Energien zu zerschlagen. Was die Herren Altmaier und Rösler vorhaben, begrenzt nicht den Strompreisanstieg, sondern bremst die Ökostromproduktion aus. Oder anders gesagt: Altmaier und Rösler sind auf dem besten Wege, die Energiewende gegen die Wand zu fahren. Wir müssen dafür sorgen, dass dieser Kurs geändert wird.

Als „Flaschenhals“ für die Energiewende wird immer wieder der stockende Ausbau der Übertragungsnetze genannt. Schon seit Jahren werden Windparks in Norddeutschland an windstarken Tagen abgeschaltet, weil der Strom vor Ort nicht genutzt und auch nicht abgeleitet werden kann. Windenergieprojekte auf dem Meer können nicht in Betrieb gehen, weil der holländische Staatskonzern Tennet mit dem Bau der notwendigen Hochspannungsleitungen in den Süden überfordert ist. Das tollste: Wenn Leitungen fehlen, müssen die Stromverbraucher dafür haften und den nicht erzeugten Ökostrom bezahlen. Darauf haben sich die Herren Altmaier und Rösler im vergangenen Jahr verständigt und die Regierungsfractionen haben dann im Deutschen Bundestag eine entsprechende Änderung der der StromNEV - der Stromnetzentgelt-Verordnung - beschlossen.

Die Bundesnetzagentur beziffert den Ausbaubedarf für die Übertragungsnetze auf fast 4.000 km. Ist das für die Energiewende wirklich notwendig? Dazu habe ich ein nettes Beispiel aus Sachsen, mit dem ich vor kurzem konfrontiert wurde. Im Jahr 2007 – also vor der „Energiewende“ - wurde mit der Planung einer ca. 50 km langen 380-kV-Leitung begonnen, mit der der Strom aus einem neuen Block des Braunkohlekraftwerkes Boxberg abgeleitet werden sollte. Vor kurzem hat der Übertragungsnetzbetreiber 50 Hertz eine Info-Faltblatt zu dem Projekt herausgegeben; daraus lese ich Ihnen mal die Einleitung vor: *„Wir als Gesellschaft haben uns für die Energiewende entschieden, für ein deutliches Plus an erneuerbaren Energien und das Zurückdrängen der fossilen Erzeugung. ... Dies bedingt neue Übertragungsstrukturen, die zudem jederzeit stabil sein müssen.“* Da wird also eine Braunkohle-Leitung aus dem Jahr 2007 kurzerhand zu einer Energiewende-Leitung umetikettiert. Das ist kein Einzelfall – mit einem derartigem Etikettenschwindel und einer Diskussion über Kosten der erneuerbaren Energien versuchen interessierte Kreise, bundesweit Stimmung gegen die Energiewende zu machen und haben damit bei großen Teilen der Medien und der Öffentlichkeit leider auch Erfolg. Es ist unsere Aufgabe, Hintergründe aufzuzeigen, gegenzusteuern und den Falschspielern, die die Energiewende diskreditieren wollen, die Maske vom Gesicht zu reißen.

Verlassen wir den Strombereich und sehen wir uns andere Bereiche an, die für das Gelingen der Energiewende von entscheidender Bedeutung sind.

Da ist in erster Linie die Einsparung von Wärmeenergie im Gebäudebereich zu nennen. Wir haben vor Ort ein gutes Beispiel, wie die Diskussion häufig noch läuft: Der Kreis Paderborn hat ein neues Verwaltungsgebäude geplant. Um die Baukosten niedrig zu halten, wird nur der energetische Mindeststandard gemäß EnEV eingeplant. Im Klimaschutzkonzept des Kreises Paderborn heißt es jedoch, dass ein höherer Standard – z.B. der Passivhaus-Standard – anzustreben ist, bei dem der Energiebedarf um ca. 70-75 % niedriger wäre. Doch die Mehrkosten dafür sind den Entscheidungsträgern des Kreises zu hoch, obwohl sich die Investition aufgrund niedriger Betriebskosten bereits nach wenigen Jahren rechnen würde. Erst nachdem unser Runder Tisch „Paderborner Land 100 % erneuerbar“ und die Kreis-Handwerkerschaft die Planung öffentlich kritisiert haben, wird die Planung noch einmal überprüft und siehe da: Plötzlich ist der Passivhaus-Standard sogar ohne Mehrkosten realisierbar. Der Energiebedarf sinkt von fast 60 auf unter 20 kWh pro qm.

Die Energiewende in Deutschland kann nur gelingen, wenn wir im Bereich der Gebäudesanierung vorankommen und wenn der Passivhaus-Standard zur Selbstverständlichkeit wird. Hier gibt es - um auch mal etwas Positives zu nennen – ein schwaches Licht am Horizont. Denn Bund und Länder haben sich nach monatelangem Gezerre auf eine Förderung der energetischen Gebäudesanierung verständigt. Und auch hocheffiziente Blockheizkraftwerke und die Solarthermie werden endlich (wieder) gefördert. Sogar ein Förderprogramm für die Installation von Speichertechnologien in Privathäusern ist aufgelegt worden. Es besteht also Hoffnung, dass die Energiewende im Gebäudebereich endlich vorankommt – aber der Sanierungsbedarf ist riesig. Und die Vergangenheit zeigt: Ständig droht die Gefahr einer Klimaschutzpolitik nach Kassenlage. Wenn die Steuergelder mal nicht mehr so sprudeln wie das zur Zeit der Fall ist, droht das „Jahrhundertwerk Energiewende“ wieder dem Diktat des Finanzministers zum Opfer zu fallen.

Nach wie vor düster sieht es im Verkehrsbereich aus. Bis 2020 sollen eine Million Elektroautos auf deutschen Straßen rollen – derzeit sind es erst um die 5.000. Es ist absehbar, dass das Ziel ohne eine staatliche Förderung deutlich verfehlt wird. Auch der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs kommt nur schleppend voran. Und auch mit der Senkung des CO₂-Ausstoßes bei Verbrennungsmotoren sieht es schlecht aus. Die Motoren werden zwar effizienter, aber die Autos werden immer größer und schwerer, so dass die Effizienzvorteile wieder aufgezehrt werden. Während Kleinwagen zu Ladhütern verkommen, läuft das Geschäft mit SUVs und Geländewagen mit Allradantrieb auch in schlechten Zeiten noch ganz gut – und das ist schlecht für den Klimaschutz und die Energiewende.

Ich komme zum Ende und - trotz kleiner Lichtblicke im Gebäudebereich - letztlich zum gleichen Fazit wie vor einem Jahr: Wir werden in der Energie- und Klimaschutzpolitik von Kapitänen gelenkt, die weder Karten noch Kompass haben, die Politik gegen erneuerbare Energien machen und die wieder das Geschäft der atomar-fossilen Energiewirtschaft betreiben. Dagegen müssen wir uns als aufgeklärte Bürgergesellschaft wehren und Zeichen für die Energiewende setzen. Ich lade Euch daher ein, aktiv beim Runden Tisch „Paderborner Land 100 % erneuerbar“ mitzumachen.

Für heute wünsche ich der Kundgebung hier in Altenbeken und auch der Demonstration in Detmold einen guten Verlauf.

Jürgen Wrona
für den Runden Tisch „Paderborner Land 100 % erneuerbar“